2020/32 Thema

https://www.jungle.world/artikel/2020/32/der-regierung-nicht-so-wichtig

Jugendarbeitslosigkeit und ihre Auswirkungen in Österreich

Der Regierung nicht so wichtig

Von **Markus Deutsch**

Die ökonomischen Folgen der Covid-19-Pandemie treffen vor allem prekär Beschäftigte, junge Erwachsene und Jugendliche. Auch in Österreich ist die Jugendarbeitslosigkeit stark gestiegen.

Stefan Glaser absolviert derzeit in Wien ein Master-Studium in Sozialer Arbeit. Daneben war er an der Rezeption eines Hotel beschäftigt. Er ist im Vorstand des niederösterreichischen Landesverbandes der parteiunabhängigen Jugendorganisation Junge Linke. Diese arbeite »am Aufbau einer starken linken Kraft in Österreich«, so Glaser im Gespräch mit der *Jungle World*. Während der Coronakrise verlor er seine geringfügige Anstellung, da das Hotel, in dem er arbeitete, vorübergehend schließen musste. Während seine in Teilzeit oder Vollzeit angestellten Kolleginnen und Kollegen in Kurzarbeit geschickt worden seien, gebe es diese Möglichkeit für geringfügig Beschäftigte nicht, so Glaser.

> Die Anzahl der arbeitslosen Jugendlichen könnte sich in den EU-Mitgliedsstaaten – je nach angenommenen Szenario – von 2,8 Millionen im Jahr 2019 auf bis zu 4,8 Millionen im Jahr 2020 erhöhen.

In Österreich gilt eine Beschäftigung mit einem Verdienst von weniger als 460,66 Euro im Monat als geringfügig. »Wir haben daher in einer Petition gefordert, dass die rund 350 000 Menschen, die in Österreich geringfügig beschäftigt sind, nicht im Regen stehen gelassen werden«, sagt Glaser. Auch geringfügig Beschäftigte müssten Kurzarbeit oder eine ähnliche finanzielle Unterstützung bekommen. Mit der Petition und Kampagne »Kurzarbeit – auch für uns!« forderte die Junge Linke den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) und die Arbeiterkammer (die gesetzliche Arbeitnehmervertretung, die dem ÖGB nahesteht, Anm. d. Red.) auf, sich auch für geringfügig Beschäftigte einzusetzen, die vor allem Schülerinnen und Schüler, Studierende und Arme mit einer gesetzlichen Mindestpension sind.

Der Wegfall des geringfügigen Einkommens senkt die Lebensqualität der Betroffenen und stellt sie vor die Frage, wie sie weiterhin die Miete, den Strom und Dinge des täglichen Bedarfs, wie Lebensmittel und Hygieneprodukte, bezahlen sollen. Bislang reagierte die

Bundesregierung, bestehend aus der konservativen ÖVP und den Grünen, jedoch ablehnend auf die Forderung der Jungen Linken, der Arbeiterkammer und des ÖGB. »Die soziale Absicherung von Tausenden von Menschen war der Regierung nicht wichtig genug, obwohl Milliarden für Unternehmen zur Verfügung stehen«, sagt Glaser.

Die Arbeitslosigkeit ist aufgrund der Pandemie und der durch diese ausgelösten globalen Wirtschaftskrise weltweit stark angestiegen. Besonders betroffen davon sind Jugendliche und junge Erwachsene. Der Soziologe Johann Bacher und der Referent der Arbeiterkammer Oberösterreich, Dennis Tamesberger, gehen in einer neuen Studie davon aus, dass sich die Arbeitsmarktsituation für Jugendliche in den EU-Mitgliedsstaaten einschneidend verschlechtern wird. Die Anzahl der arbeitslosen Jugendlichen könnte sich von 2,8 Millionen im Jahr 2019 – je nach angenommenen Szenario – auf bis zu 4,8 Millionen im Jahr 2020 erhöhen. Dies würde einen Anstieg der Jugendarbeitslosenquote innerhalb der Euro-Zone von 15,7 Prozent auf 26,2 Prozent bedeuten. Ebenso relevant zur Beurteilung der sozioökonomischen Situation von Jugendlichen ist die sogenannte NEET-Rate, also die relative Anzahl Jugendlicher, die weder in Beschäftigung oder Ausbildung noch in einer arbeitsmarktpolitischen Trainingsmaßnahme sind (*not in employment, education or training*). Diese könnte von 10,1 Prozent auf bis zu 15 Prozent steigen.



Unsichere Zukunft: Ein Servierer im Wiener Café Landtmann im Mai

Bild:
dpa / Hans Punz

Auch in Österreich steigt die bisher niedrige Jugendarbeitslosigkeit stark an. Nach einer Prognose der Linzer Johannes-Kepler-Universität und der Arbeiterkammer Oberösterreich könnte sie von 8,4 auf 15,3 Prozent, die Zahl der völlig unbeschäftigten NEET-Jugendlichen von 65 200 auf bis zu 93 400 steigen. Die Jugendorganisation des Österreichischen

Gewerkschaftsbunds (ÖGB) fordert daher ein politisches Vorgehen gegen die drohende Ausbildungskatastrophe. »Wir stehen vor einer historischen Jugendarbeitslosigkeitsrate, die erst mal bewältigt« werden müsse, sagt Susanne Hofer, die Vorsitzende der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) im Gespräch mit der *Jungle World*. Sie kritisiert den Umgang der Bundesregierung mit Menschen, die arbeitslos sind: »Die Regierung versucht nicht, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sondern gibt den jungen Menschen das Gefühl, sie hätten diese selbst verantwortet.« Bei etwa 415 000 Arbeitslosen im Juni und nur 50 000 offenen Stellen sei das jedoch blanker Hohn, so Hofer. Für junge Menschen sei Arbeitslosigkeit »nicht nur ein großes ökonomisches Problem, sondern auch eine psychische Katastrophe«. Im Juni 2020 sind fast 2 000 Jugendliche mehr auf Lehrstellensuche als im Vorjahr. Dies entspricht einem Anstieg von 34,3 Prozent. Die Anzahl der dem österreichischen Arbeitsmarktservice (AMS) gemeldeten verfügbaren Lehrstellen ging im Vergleich zum Vorjahresmonat um über 800 zurück.

Julia Herr, ehemals Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich, jetzt Nationalratsabgeordnete der SPÖ und klimapolitische Sprecherin der Partei, weist darauf hin, dass ohne weitere Maßnahmen über 7 000 junge Menschen keine Lehrstelle finden werden. Sie fordert eine »Ausbildungs- und Lehrlingsgarantie«, um jungen Menschen den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern. »Wer in den ersten Jahren am Arbeitsmarkt keinen oder nur einen sehr schlecht bezahlten Job findet, wird eventuell sein Leben lang weniger verdienen«, sagt sie im Gespräch mit der *Jungle World*. Um Menschen, die derzeit arbeitslos sind, zu unterstützen und vor einem Leben in Armut zu schützen, fordert sie eine Erhöhung des Arbeitslosengelds von derzeit 55 auf 70 Prozent der Nettoersatzrate (Nettoentgelt auf der letzten Arbeitsstelle, Anm. d. Red.). Eine merkliche Erhöhung des Arbeitslosengelds fordern auch die ÖGJ und die Junge Linke. Die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter jungen Menschen, werde nicht von heute auf morgen verschwinden, und daher brauche es Maßnahmen und Konjunkturpakete, so Herr, die jungen Menschen »nachhaltig Perspektiven« ermöglichen. Auch die ÖGJ fordert in ihrer Kampagne »Lost Generation« einen »mit 140 Millionen dotierten Corona-Notausbildungsfonds für Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, die Aufstockung von Ausbildungsplätzen in staatlichen und staatsnahen Betrieben, und eine Job- und Ausbildungsgarantie für junge Menschen bis 25«, so deren Vorsitzende, Susanne Hofer.

Herr weist darauf hin, dass bei Investitionen in Lehrstellen, Ausbildungen und die Wirtschaft verschiedene ökologische Aspekte beachtet werden müssen. »Für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, des öffentlichen Verkehrs und für die Forschung und Innovation im Bereich erneuerbarer Energie braucht es Installateurinnen, Technikerinnen, Bauarbeiterinnen und Energieberaterinnen«, sagt Herr, wobei sie, geschlechtergerecht sprechend, vor dem »i« in der weiblichen Form eine leichte Pause einbaut. »Man müsste sich überlegen«, so Herr, »nachhaltige Arbeitsplätze für die ökologische Wende und Alternativen für jene Arbeiterinnen zu schaffen, deren Jobs aufgrund der Klimakrise und der Digitalisierung wegfallen, etwa in der Automobil- oder Stahlindustrie.« Bei der angestrebten ökologischen Transformation der Wirtschaft, so fordert sie, dürften soziale Aspekte und Alternativen für ArbeiterInnen, insbesondere für die in der Produktion Beschäftigten, nicht vernachlässigt werden.

Arbeitslosigkeit und Armut haben nicht nur ökonomische Auswirkungen auf die Betroffenen und ihre Familien, sondern auch psychische und gesundheitliche Folgen. Junge Menschen ohne Arbeit und ohne Ausbildung leiden wesentlich häufiger an Erkrankungen wie etwa Depressionen. Arbeitslosigkeit verdoppelt bei jungen Menschen das Risiko, psychisch krank zu werden. Eine Umfrage der Volkshilfe Österreich unter armen Familien von Mitte Juni zeigt eine eklatante Verschlechterung der Lebensbedingungen und der Lebensqualität während der Pandemie. Mehr als drei Viertel aller Befragten geben an, sich nun mehr Sorgen über die Zukunft zu machen, auf 55 Prozent der befragten Familien hat sich die Coronakrise finanziell negativ ausgewirkt – und das wohlgemerkt bei Familien, deren Einkommen bereits vorher unter der sogenannten Armutsgefährdungsschwelle lag. Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen beeinflusste die Krise auch den emotionalen und psychischen Zustand der Familien und insbesondere der Kinder negativ. Mehr als die Hälfte der Erziehungsberechtigten gaben an, ihre Kinder trauriger (74 Prozent), einsamer (57 Prozent) oder aggressiver (53 Prozent) als zuvor zu erleben.

> Junge Menschen ohne Job und ohne Ausbildung leiden wesentlich häufiger an Erkrankungen wie etwa Depressionen. Arbeitslosigkeit verdoppelt bei jungen Menschen das Risiko, psychisch krank zu werden.

Ebenso zeigt die Umfrage, dass der Umstieg auf das sogenannte Homeschooling mit erheblichen finanziellen und sozialen Belastungen verbunden war. »Die Maßnahmen der Regierung – wie die Einführung der ›Sozialhilfe neu‹ sowie die geplante Änderung des ›Familienbonus plus‹ – sorgen *de facto* leider für schlechtere Lebensbedingungen von Hunderttausenden Familien in Österreich«, so Erich Fenninger, der Direktor der Volkshilfe Österreich, in einer Pressemitteilung. Die Volkshilfe fordert eine staatliche Kindergrundsicherung, eine Erhöhung des Arbeitslosengelds auf 75 Prozent der Nettoersatzrate und eine nachhaltige und langfristige Unterstützung insbesondere von armen Familien.

Für Jugendliche und junge Menschen stellt sich derzeit vor allem die Frage, ob sie ein Beschäftigungsverhältnis finden. Entscheidend ist jedoch auch, wie diese Arbeit abgesichert ist und ob die Bezahlung für den Lebensunterhalt reicht. Die Zahl der Arbeitslosen war vor der Coronakrise relativ niedrig, doch sind prekäre und schlecht bezahlte Arbeitsstellen keine Neu- und Seltenheit. Veronika Bohrn Mena beschreibt in ihrem Buch »Die neue ArbeiterInnenklasse – Menschen in prekären Verhältnissen« die soziale und ökonomische Lage der Betroffenen. Prekäre Verhältnisse sind in Österreich, Deutschland und den meisten kapitalistischen Ländern kein Randphänomen mehr, sondern betreffen verschiedene Branchen, Milieus und bis zu ein Drittel der Arbeiterinnen und Arbeiter. 300 000 Beschäftigte, etwa acht Prozent der arbeitenden Bevölkerung in Österreich, gehörten 2017 zur Gruppe der *working poor*. Sie beziehen also trotz Lohnarbeit ein monatliches Einkommen unter der offiziellen Armutsgefährdungsschwelle, die derzeit für einen Einpersonenhaushalt bei 1 286 Euro liegt. Charakteristisch für prekäre Arbeit sind neben der geringen Bezahlung die Befristung des Arbeitsverhältnisses, Pseudoselbständigkeit, Arbeit auf Werkvertragsbasis oder mangelnder arbeitsrechtlicher Schutz.

Die Aussichten für junge Menschen, die in Ausbildung, auf Arbeitssuche oder am Beginn ihrer Tätigkeit als Lohnarbeitende sind, sind derzeit also düster. »Eine nachhaltige Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit ist im Kapitalismus gar nicht möglich«, so Stefan Glaser von den Jungen Linken. Es brauche »eine gesellschaftlich geplante Wirtschaft, in der gemeinsam bestimmt wird, was produziert wird«. Dieses Ziel scheine ihm jedoch noch in weiter Ferne zu liegen, jetzt benötige es zunächst einmal »eine breite politische Organisierung von Menschen und einen gemeinsamen Kampf für konkrete Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Klassen«. Konkret gehe es hierbei etwa um Kämpfe für höhere Löhne, eine Arbeitszeitverkürzung und bezahlbaren Wohnraum.

© Jungle World Verlags GmbH